

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rulschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgepolte Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreipolte Zeile 1,75, für auswärts 2,00 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 007

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg. Amtliches Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Dörfschaften.

Nr. 136

Dienstag, den 15. Juni 1920

70 Jahrgang

Heute sind die Herren Kaufmann Ernst Fischer als Lokalkritiker für den vormaligen Stadtbezirk Lichtenstein und als Vizelokalritiker für den vormaligen Stadtbezirk Callnberg, Bürgermeister Braßler, der bereits als Lokalkritiker für Callnberg in Pflicht steht, weiter als Vizelokalritiker für Lichtenstein, Redakteur Leopold Wenz als Gerichtsschöffe für Lichtenstein und Kaufmann Otto Wehner als Gerichtsschöffe für Callnberg in Pflicht genommen worden.

Lichtenstein-Callnberg, den 11. Juni 1920.
Das Amtsgericht.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist zum 30. Juni beschlossen.
- Von Seiten der Allierten ist an Deutschland eine neue Note wegen erneuter Verletzung des Friedensvertrages durch Nichträumung der neutralen Zone bis 10. Juni abgegangen.
- Auf dem Wasserwege in Berlin sind in den letzten Tagen Waffentransporte beschlagnahmt worden, die unter solcher Deklaration befördert wurden.
- Am Sonntag haben wieder in Berlin, Potsdam und Spandau radikale Eisenbahnerverfassungen stattgefunden, die von linksstehenden Putschisten einberufen waren. Alle Redner forderten die Eisenbahner auf, sich bereit zu halten, da wichtige Entscheidungen der gesamten deutschen Arbeiterschaft bevorstünden.
- In gewaltigen Kundgebungen, an welchen sich 30.000 Personen beteiligten, wurde in Antwerpen gegen die Rückkehr der Deutschen protestiert. In einer Erklärung wurden die Behörden um Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen Invasion gebeten.
- In einer Zentrumsbesprechung in Wiberach erklärte der Reichstagsabgeordnete Erzberger, er sehe keinen Grund ein, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Nur in einem engeren Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei erblicke er für die Bürgerlichen die Möglichkeit einer Führung der Reichsgeschäfte.
- Harding, Senator von Ohio, ist vom republikanischen Kommittee zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden. Bei der zehnten und letzten Abstimmung erhielt Harding 692, Wood (vormals Stabschef der amerikanischen Armee) 156 und Lowden (Gouverneur von Illinois) 11 Stimmen.
- Agencia Stefani meldet, daß in Oberkallen der Eisenbahnerstreik ausgebrochen ist.
- Der Auto-Omnibus der Linie Oepeln-Proskau ist infolge Verfassens der Steuerung gegen einen Baumstamm gerannt und die feile Böschung hinabgefahren. 12 Personen sind schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt.
- In Wladimirost wurde ein Moskauer Funkpruch aufgefangen, wonach in Rußland die Gegenrevolution ausgebrochen sei. Trotzki soll ermordet worden sein und Lenin befindet sich auf der Flucht. Eine neue Regierung soll sich unter Brjusslow gebildet haben. — Amtlich liegen noch keine Nachrichten vor.

Trimborn übernimmt die Kabinettsbildung.

Berlin, 14. Juni. Der Reichspräsident hat heute vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumskoalition Geleitard Trimborn eine längere Besprechung, in deren Verlauf Tr. Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Tr. Trimborn unter Hinweis auf den Wunsch der Situation, gleichwohl die Kabinettsbildung zu übernehmen. Tr. Trimborn nahm diesen Auftrag an. Die gestern angebotene Möglichkeit, daß der Abg. Trimborn mit der Regierungsbildung beauftragt werden würde, ist als Tatsache geworden. Vermutungen über den Ausgang dieses Versuches lassen sich heute alles zu fliehen und jeder sich zu widersprechen scheint, natürlich nicht anstellen. Was den Einfluß Trimborns zur Übernahme des Auftrages anbetrifft, so scheint in der Tat die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zu den Berliner Vorgängen für ihn den Ausschlag gegeben

zu haben. Wir haben mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig die Haltung der bayerischen Zentrumsmehrheit für das Zustandekommen einer Koalition ist. Erst durch die Hinzurechnung dieser 21 süddeutschen Stimmen erhält der alte Regierungsbund wieder eine — freilich schwache — Mehrheit. Am Sonnabend aber hat die Landesversammlung der Heim-Partei die Möglichkeit ihrer Mitarbeit an der Regierung ganz ernsthaft besprochen und hierfür lediglich den Ausschluß Erzbergers aus jeder Koalitionskombination als unerlässliche Bedingung bezeichnet. Also immerhin ein bedeutungsvolles Zugeständnis. Es ist auch nicht die anschließenden heftigen Angriffe des Führers Tr. Heim auf „Berlin“ nicht entwertet wird, weil es sich in ihren Grundzügen lediglich gegen den unitaristischen Anlauf wandten und ihm die föderalistischen Forderungen dieser Kammerbewußten Bayern entgegensetzten.

Troßt eine Präsidentschaftsreise?

Berlin, 15. Juni. In politischen Kreisen sieht man einem Besuche Trimborns mit starkem Optimismus entgegen. Schützt er, so tritt die Frage einer Präsidentschaftsreise hart in den Vordergrund. Der rechtliche Ausschluß der Mehrheitssozialdemokraten, gegenwärtig die Koalition abzulehnen, hat die Stellung des Reichspräsidenten zweifellos berührt. Weit in die Kreise der Rechten hinein besteht freilich der Wunsch, eine solche Festsetzung der innerpolitischen Situation im gegenwärtigen Moment zu vermeiden, und so ist, wie ein Berliner Mitteilungsblatt schreibt, von allen Seiten, auch von der Rechten, auf den Präsidenten Ernst eingewirkt worden, jede derartige persönliche Erwägung beiseite zu stellen.

Trimborns Bemühungen.

Berlin, 15. Juni. Dr. Trimborn hat bei seinem Bemühen um die Kabinettsbildung zunächst mit der Reichssozialdemokratie Fühlung genommen und wird heute vormittag eine Unterredung mit dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, Lohse, haben. Er will, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, versuchen, die Sozialdemokraten zu einer wohlwollenden Neutralität zu veranlassen. Auch mit den Deutschnationalen will er in dieser Richtung Fühlung nehmen. Auf diese Weise glaubt Trimborn wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, eine sichere Grundlage für eine bürgerliche Koalition von der Volkspartei bis zu den Demokraten schaffen zu können. Die Deutsche Volkspartei hat Dr. Trimborns Stellung zur Regierungsbildung gebilligt. Die Fraktion ermächtigt ihn zu weiteren Verhandlungen mit dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums unter Hinzuziehung hervorgehobener Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Auch der Vorstand des Zentrums sollte geteilt. Reichstags wurden nicht gehalten. Die Demokraten machen ihre Stellungnahme von der Haltung des Zentrums abhängig. Gestern nachmittags tagte im Reichstags die Deutschnationale Fraktion. Ihr Standpunkt ist unverändert. Sie ist zur sofortigen Arbeit bereit. Trimborn ist wie jetzt noch nicht an die Verhandlungen. Auch für heute vormittag ist ein Zugang in Aussicht genommen. In die Bildung einer mittelverteilbaren Koalition zustande zu bringen. Wenn die Realität der beiden Fraktionen nicht zu einem Erfolge führen sollte, will der Vorsitzende der Zentrumskoalition, wie verlautet, versuchen, die alte Koalition zu erneuern, um die Bayerische Volkspartei zum Eintritt zu bewegen. Der Bloß würde dann über eine klare Mehrheit verfügen.

Bedingungen der Deutschen Volkspartei für den Eintritt in die Regierung.

Berlin, 15. Juni. Wie das „Berl. Tagbl.“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, hat sich die Deutsche Volkspartei dem Abgeordneten Trimborn gegenüber zu einer Beteiligung an einer rein bürgerlichen, ja sogar an einer Minderheitsregierung bereit erklärt. Als Bedingung für den Eintritt in die neue Regierung hat die Deutsche Volkspartei die Berufung von Fachministern und die Berufung eines Diplomaten auf den Posten des Außenministers gestellt.

Die Berufe der neuen Reichstagsabgeordneten.

Nachdem die Namen der am 6. Juni gewählten neuen Reichstagsabgeordneten im wesentlichen bekannt sind, läßt

sich auch über die Berufe, die nunmehr im Reichstag vertreten sind, eine Uebersicht geben. Unter den 456 namhaft gemachten Abgeordneten ist besonders ins Auge fallend die außerordentlich große Zahl der Berufs- und Gewerkschaftsangehörigen sowie der Staats- und Kommunalbeamten. Die ersteren sind nach dem vorläufigen Ergebnis mit 88, die letzteren mit 84 vertreten. Unter den als Reichs- und Kommunalbeamten angegebenen Reichstagsmitgliedern befinden sich jedoch auch wieder zahlreiche Partei- und Gewerkschaftsbeamte, die nach der Revolution Minister, Wirtschaftsbeamte, Landräte, Bürgermeister, Stadträte usw. geworden sind. 49 Abgeordnete bezeichnen sich als Schriftsteller und Redakteure. Die Landwirtschaft ist mit 50 Berufsangehörigen vertreten, zum überwiegenden Teil eine Landwirte und Bauern. Sehr schwach ist die Industrie mit 14 Köpfen in den Reichstag eingeschlagen; unter ihnen sind allerdings einige bekannte Wirtschaftskräfte. Hierzu kommen 30 Gewerbetreibende und 12 Kaufleute. Kaufmännische Angestellte sind 28 gewählt. Auffallend gering ist die Zahl der Juristen; nur deren sieben sind festzustellen. In der Landwirtschaft sind 29, in der Industrie 31, in der Universität, Professoren. Nur ein Arzt wird vorläufiglich im Reichstag sitzen. Auch die Zahl der Rechtsanwälte und Juristen ist geringer als in früheren Reichstagen, nämlich 23, zu denen noch 9 Richter hinzukommen. Als Arbeiter bezeichneten sich nur 12 Gewählte. Privatiers und ohne jeden Beruf sind 21.

Polen und unser Elend.

Die Polen waren in ihrer krankenhaften, aber allzu weltlichen Staatskunst völlig entfremdet. Sie sind aber sehr feig und leben sie noch die Größe eines Straßensoldaten im Sinne eines Viehweibes. Darum mußte alles, was nur je in fernher Zeit einmal zu Polen gehört hatte, wiederentwurzelt werden. Und sie erlebten das wahren Kaffeeklatsch, das Verfallens sich ganz auf ihren Grund ruht. Nicht nur Polen, auch Westpreußen fiel ihnen zu. Das ihnen Danks verlag blieb, war ein Erfolg englischer Politik, für die die alte Danzigstadt das gleiche bedeutet wie Hongkong oder Singapur. Als die Polen die Herrschaft über die alten preussischen Provinzen antraten, empfanden sie noch eine Art Scheinrecht vor dieser fremden Kulturarbeit; und sie überlegten, wie man sie erhalten könnte; aber bald schwand alle Schonung. Die beste Auseinandersetzung schenken ihnen nun die Ausprägung der deutschen Kultur. Durch Schließen und Aufbrechen aller Art zwingt man die Deutschen, das Land zu verlassen. Polen hätte bei 100.000 Polen 200.000 Deutsche, jetzt schon sind die Zahlen 150.000 und 200.000. Die deutschen Schulen werden unterdrückt, die Universitäten den Deutschen geschlossen. Das Polentum will unter sich sein, will den unglücklichen Kakerlak an die vergehende Stütze des Landes nicht mehr setzen.

Nun rückt die Zeit der Abrechnung heran. Am 11. Juli soll in Lublitz (Regierungsbezirk Allenstein und Kreis Elcho), sowie in den betreffenden drei Westpreussens, zu denen auch die Marienburg gehört, die Entschädigung fallen. Von dem Ergebnis dieser Entschädigung fragen die Polen sich nichts zu verwehren; aber dennoch glauben sie durch die immer noch gültige, nur von der deutschen Regierung ein für allemal aufzuhebende Nachpolitik wenigstens die wichtige Bahnlinie Marienburg-Klaipeda sich aneignen zu können. Deutschland geneigt, es ja alles erlaubt, das hat ja schonen Belgien bewiesen, als es eigenmächtig die Grenzen verließ, um sich die Monarchmer Bahn zu sichern. Aber noch wichtiger als die Reichsstände ist den Polen Oberbefehliger. Der Volk, unfähig zu geordneter Verwaltung, ist stets gewaltig gewesen als Berichterhalter, und da ist Pan Kowalski in seinem Elemente. Sein Ziel ist, die Ruhe in Oberbeschießung so zu führen, daß man dem Obersten R. Kar nach dem 1. 1917, polnische Truppen müßten notwendigweise einrücken, um die Ordnung wieder herzustellen. Erst verjuchte er es mit dem polnischen Kuffar: da er aber konnte, daß hier bei den mangelnden Kompatibilitäten selbst der nur polnisch sprechenden Bevölkerung keine Aussicht war, geht sein Bestreben nunmehr dahin, die Deutschen zu Kundgebungen zu reizen. Und er findet

hatte, an einem Teil riß und der von einem Ge...

Von einem Wahl... erichtet. Ein an... er hatte dort statt... in den Umschlag... Reichsbank über...

Riße. Wie aus... t wird, erhielt der... gutes mit der Post... stellt, das aus einer... gefüllt war. Auf... mit dem Bermerk... n sei. Der Abmi... die Riße vorsicht... beim Abheben des... t, die von einer in... e herrührte, deren... sein muß. Glück... Es scheint ein...

u vom Bankhaus... & Heinge... Lichtenstein-Callnberg.

11,6	12,6
79,75	79,75
91,80	91,00
85,90	85,00
74,70	74,00
74,10	73,50
59,875	59,50
58,00	57,75
50,25	49,75
51,25	51,00
51,00	50,75
53,00	52,75
54,75	54,25
51,50	51,00
56,00	55,50
52,00	51,50
22,50	22,00
22,50	22,00
25,00	24,50
35,00	34,50
49,00	48,50
65,25	64,75
80,00	79,50
83,75	83,25
87,00	86,50
92,00	91,50
82,00	81,50
87,00	86,50
90,00	89,50

heher, für den gelam... Lichtenstein-Callnberg.

arten

ackvoller Aus... den Neuheiten

riefen.

lberger

lagen I

schief sanft... ertragenem... geliebter... Schwieger-

malz

rasshoff... benen.

folgt Diens... Die Trauer-

men.